

Dirk Ehnts

**Geld und Kredit:
Eine €-päische Perspektive**

Metropolis-Verlag
Marburg 2015

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<http://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2015

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1105-9

Vorwort

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Krise. In den USA liegt die Beschäftigungsrate noch immer unter der von 2007, der Eurozone droht die dritte Rezession in sechs Jahren, zudem bewegt sie sich am Rande einer Deflation, und in Japan werden neue Maßnahmen gegen die seit zwei Jahrzehnten andauernde Wachstumsschwäche ausprobiert. China steht am Ende eines langen Wachstumsspurts vor großen Problemen: Entweder wird es eine Finanzkrise geben, oder aber eine ordentliche Krise. Lohninflation sorgt dafür, dass sich die Konsumenten die produzierten Güter und Dienstleistungen auch leisten können. Auch in den weiteren Schwellen- und Entwicklungsländern ist das Wachstum eingebrochen, was u. a. zum Arabischen Frühling beigetragen hat. Dabei wird deutlich, dass Politik und Wirtschaft keine unterschiedlichen Felder sind. Spätestens in einer Krise wird klar, dass Verschuldungsverhältnisse – sei es von Haushalten, Banken oder Staaten – von Politik abhängen. Wirtschaft ist politisch, und Politik ist ohne wirtschaftliche Relevanz weitgehend zahnlos.

Grundlegende Veränderungen im Bereich der Finanzmärkte haben in der Nachkriegszeit zu den heutigen Fehlentwicklungen maßgeblich beigetragen. Als erstes wäre die Aufgabe des Bretton Woods Systems der fixen Wechselkurse zu nennen. Das Ende der regulierten Finanzströme sorgte für eine immer stärkere Macht des Finanzsektors, der nun erfolgreich das Einkommen und das Vermögen der Wohlhabenden vor dem Zugriff der Staaten schützen konnte. Anfang der 1980er wurden dann die Gewerkschaften in den USA und Großbritannien frontal angegriffen und die Position der Arbeitnehmer langfristig geschwächt. Durch das Ende des Kalten Krieges muss nun die eigene Bevölkerung nicht mehr von der Vorteilen des kapitalistischen Systems überzeugt werden, was wiederum zu einer verstärkten Umverteilung von arm zu reich führte. Mehrwertsteuern wurden erhöht, Einkommens- und Unternehmenssteuern gesenkt. Eine zunehmende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen bei fallenden Wachstumsraten und steigenden Profiten bei rückläufigen Investitionen war in vielen westlichen Volkswirtschaften das Resultat.

Während die Wachstumsraten immerhin zufriedenstellend und die Inflationsraten niedrig waren, baute sich jedoch im Hintergrund das Potential für eine Krise auf, die nur wenige Ökonomen haben kommen sehen. Einige Länder wie Deutschland, Japan und China wurden zu starken Exporteuren, die aber selbst vergleichsweise wenig importierten. In Deutschland lag dies an der sinkenden beziehungsweise stagnierenden Binnennachfrage, welche die Folge von schwachen und teils negativen Reallohnzuwächsen war. Die Umverteilung von Einkommen von den Löhnen hin zu den Profiten ist ein wesentlicher Grund für die Exportfreudigkeit der deutschen Wirtschaft. Als Bezahlung für die Exporte über das Niveau an Importen hinaus, bauten diese Länder im Endeffekt Forderungen an das Ausland auf in Form von Krediten, Wertpapieren und anderen Finanzanlagen. Dies sorgte für einen Boom in der Finanzindustrie, die in den 1980ern damit begann, einen deutlich reduzierten Regulierungsrahmen für sich durchzusetzen. Diese Regulierung war dem Finanzsystem ursprünglich in der Folge der Weltwirtschaftskrise in den 1930ern angelegt worden, um eine Wiederholung eben dieser zu vermeiden.

In den Jahren zwischen 2002 und 2006 kam es dann dazu, dass in einigen Ländern große Immobilienblasen entstanden. Neben den USA geschah dies ebenfalls in europäischen Ländern wie Großbritannien, Spanien oder auch Irland, aber auch in Asien, wo insbesondere in China die Immobilienpreise einen sagenhaften Höhenflug erlebten. Inzwischen sind die Immobilienpreise in den meisten dieser Länder eingebrochen. Haushalte und Unternehmen, die einen Immobilienkredit zur Finanzierung aufnahmen, befinden sich nun in einer schwierigen Lage. Der Wert ihrer Immobilie ist gesunken, die Schulden bleiben jedoch konstant. Dieser Verlust von Vermögen sorgt häufig dafür, dass die Haushalte weniger von ihrem Einkommen ausgeben. Der daraus resultierende Einbruch der Nachfrage löst dann einen Teufelskreis aus niedrigerer Nachfrage, sinkender Produktion, sinkender Beschäftigung und dadurch weiter sinkender Nachfrage aus.

Statt dieser Erklärung wurde jedoch durch die Mehrzahl der Ökonomie-Professor*innen, Politik und Presse eine andere Version der Krise verbreitet. Die Regierungen und Haushalte der europäischen Krisenländer hätten sich zu stark verschuldet und auf unsere Kosten der Zukunft gelebt, nun müssten sie den Gürtel enger schnallen, um wieder zu einer nachhaltigen Wirtschaft zurückzukehren. Die Sparpolitik, durchgesetzt durch EZB, Europäische Kommission und Internationalen Währungs-

fonds (IWF), sorgte dann für fallende Löhne und fallende Staatsausgaben. Jedoch führte dies, statt zu einer Rückkehr auf den Wachstumspfad, zu immer stärkerem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und immer höherer Arbeitslosigkeit.

Diese staatliche Sparpolitik war eine politische Entscheidung der Europäischen Kommission und keine juristische Zwangsläufigkeit. Im Gegenteil: Die Präambel des Vertrags über die Europäische Union wurde ignoriert, etwa wenn es um die Solidarität zwischen den Völkern geht, um die Rolle von sozialen Grundrechten, der Stärkung von Demokratie oder auch einfach um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt Europas.

Die bisherige Analyse der aktuellen Krise in der Weltwirtschaft basiert weitestgehend auf Ideen, die bereits in den 1930er Jahren widerlegt wurden. Mit diesem Text möchte ich eine alternative Sichtweise der Ökonomie aufzeigen, welche zu grundsätzlich anderen Schlussfolgerungen führt. Im Fokus steht dabei die Rolle von Geld und Kredit in einer modernen Wirtschaft. Diese geldtheoretische Analyse ist nicht neu, allerdings fehlt meiner Meinung nach ein auch für Interessierte verständlicher Text, der die Hintergründe der Krise in der Eurozone erklärt. Die folgende Erklärung auf Grundlage einer bilanziellen Perspektive ist ein Versuch, eigenständiges Denken im Bereich der Geldtheorie zu ermöglichen und damit die Abhängigkeit von Meinungsführern und sog. Technokraten zu reduzieren. Letztlich soll so die demokratische Willensbildung gefördert werden.

Bei der Erstellung dieses Buches habe ich von Diskussionen und Hinweisen sehr profitiert und möchte mich – in alphabetischer Reihenfolge – insbesondere bei Miguel Carrión Álvarez, Stefan Angrick, Nicolas Barbaroux, Winnie Chen, Long Chen, Daniel Detzer, Nina Dodig, Alex. Hofmann, Erik Jochem, Neophythos Kathiziotis, Alejandro Márquez Velázquez, Carmen Marull, Ronny Mazzocchi, Jan-Kaspar Münnich, Isabel Rodriguez und meinen Studierenden an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, an der Freien Universität Berlin und an der Universität Oldenburg bedanken. Alle verbleibenden Fehler gehen zweifellos auf mein Konto.

Dr. Dirk Ehnts

Berlin, im Oktober 2014